

Bildungspolitik

Alina Felder

Die EU zeigt sich sehr engagiert, Antworten auf aktuelle und zukünftige Herausforderungen im Bildungsbereich zu liefern. Die Ausgestaltung der Instrumente, die die Bildungspolitiken der Mitgliedstaaten unterstützenden sollen, ist einerseits auf die durch die Covid-19-Pandemie notwendig gewordenen Anpassungen sämtlicher (Aus)Bildungsangebote zurückzuführen. Andererseits sind bereits vor der Pandemie bestehende EU-Zielsetzungen nicht zu vernachlässigen. Ganz dem Motto des Wiederaufbaufonds NextGenerationEU – repair and prepare¹ – umfasst die Bildungspolitik der EU vielseitige Reaktionen auf die veränderte Lage durch die Pandemie, ohne dabei langfristige Zielsetzungen aus den Augen verlieren zu wollen.

Die Pandemie als Katalysator für digitale Bildung und Kompetenzen

Der europäische Informationsaustausch im Bildungsbereich ist seit April 2020 von einer großen Regelmäßigkeit geprägt. So informiert die Kommissarin für Innovation und Jugend, Mariya Gabriel, in einem monatlichen Newsletter über die Arbeit ihr zugeordneter Generaldirektionen und macht auf Konsultationen und Ausschreibungen für die Finanzierung von Bildungs- und Forschungsprojekten aufmerksam. Gleichzeitig ist der anfänglich monatliche Rhythmus der Treffen des Rates der Bildungsministerinnen und Bildungsminister von März bis Juni 2020 wieder dem ursprünglichen Turnus von drei bis vier Treffen pro Jahr gewichen. Nichtsdestotrotz ist zu erwarten, dass das Moment für den Bereich der EU-Bildungspolitik anhält, bedenkt man, dass die über den vergangenen Sommer getätigten Verlautbarungen und Strategiepläne in den kommenden Jahren umgesetzt werden müssen.

Ein zentrales Vorhaben ist der Aktionsplan für digitale Bildung 2021–2027. Ihm vorangegangene Konsultationen haben ergeben, dass rund 60 Prozent der Befragten vor der Covid-19-Pandemie keinen Fern- oder Onlineunterricht genutzt haben und ganze 95 Prozent aller Befragten in der Pandemie einen Wendepunkt für den Einsatz von Technologie im Bildungsbereich sehen.² Die zwei strategischen Prioritäten des neuen Aktionsplans sind die Entwicklung eines leistungsfähigen digitalen Bildungsökosystems und der Ausbau digitaler Kompetenzen für den digitalen Wandel. Indem die Antworten auf die Covid-19-Pandemie für Arbeitsrealitäten nach der Pandemie vorbereiten sollen, steht der Aktionsplan für digitale Bildung in enger Verbindung mit der Europäischen Kompetenzagenda, die bereits im Juli 2020 veröffentlicht wurde.³ Der Mitteilung zur Kompetenzagenda sind sowohl Ursula von der Leyens Leitlinien für die Arbeit ihres Kollegiums bis 2024 als auch die Europäische Säule sozialer Rechte vorangestellt. Bildung wird einerseits

1 Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission, Die Stunde Europas – Schäden beheben und Perspektiven für die nächste Generation eröffnen, 27.5.2020, COM(2020) 456 final.

2 Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission, Aktionsplan für digitale Bildung 2021–2027 Neuaufstellung des Bildungswesens für das digitale Zeitalter, 30.9.2020, COM(2020) 624 final.

3 Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission, Europäische Kompetenzagenda für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Resilienz, 1.7.2020, COM(2020) 274 final.

als Schlüssel für die europäische Wettbewerbsfähigkeit⁴ und andererseits als Bedingung für gesellschaftliche und politische Teilhabe von EU-Bürgerinnen und Bürgern aufgefasst.⁵ Dies illustriert, dass auch die neuen Pläne der EU-Bildungspolitik versuchen, sowohl der Innovationsagenda als auch der sozialen Agenda der EU gerecht zu werden.

Neue und alte Flaggschiffe für einen Europäischen Bildungsraum bis 2025

Neben dem Anspruch, die Herausforderungen der Digitalisierung für den Bildungssektor zu meistern, widmet sich die EU-Bildungspolitik weiterhin jenen langfristigen Zielsetzungen, die bereits vor der Pandemie sowohl Politikfelder übergreifend als auch für den Bildungsbereich vereinbart wurden. Die im Europäischen Green Deal verankerten Bemühungen um nachhaltiges und klimaneutrales Leben und Arbeiten in der EU sollen Hand in Hand mit der Bildung gehen. Unter dem Titel „Bildung für ökologische Nachhaltigkeit“ sind ab 2021 Initiativen geplant, die Nachhaltigkeit nicht nur zum Gegenstand von Bildung als auch von gesamten Bildungssystemen machen. Ein Beispiel in diesem Kontext ist die Koalition „Bildung für den Klimaschutz“, die Lernende und Lehrenden in diesem Themenfeld zusammenbringt und fördert.

Die Verwirklichung des Europäischen Bildungsraumes bis 2025⁶ bildet den zentralen Baustein der EU-Bildungspolitik. Die Resolution des Europäischen Rates aus dem Februar 2021 greift ihn nicht nur auf, sondern verdeutlicht, dass die Bildungsministerinnen und Bildungsminister auch über das Jahr 2025 hinaus am Europäischen Bildungsraum arbeiten wollen.⁷ Er zielt auf europaweit vernetzte Bildungssysteme, die nicht nur qualitativ hochwertige und inklusive Angebote für Lernende, sondern auch zeitgemäße und wohlfinanzierte Beschäftigungsverhältnisse für Lehrende gewährleisten können, ab. In diesem Zusammenhang stehen bereits während der vergangenen Programmperiode (2014–2020) angebahnte Vorhaben wie beispielsweise der Europäische Ansatz für Microcredentials. Die Anerkennung von Kompetenzen, die über kurzfristige Um- und Weiterbildungsformate erworben werden können, soll erleichtert werden, sodass Microcredentials zum lebenslangen Lernen beitragen.

Ein bereits seit Oktober 2018 existierendes Flaggschiff für den Europäischen Bildungsraum sind die Europäischen Hochschulen. Im Juli 2020 wurden weitere 24 transnationale Netzwerke bestehend aus höheren Bildungseinrichtungen für das Programm der Europäischen Universitäten ausgewählt.⁸ Die seit Juni 2020 bereits bestehenden 17 Netzwerke erhielten in diesem Zug zwei Mio. Euro Aufstockungsfinanzierung durch Horizon2020. Die neu ausgewählten Hochschulen werden diese Möglichkeit ebenso wahrnehmen können, um neben der Bildung auch ihre Kooperation in der Forschung ausbauen zu können. Der ursprüngliche Pilot der Europäischen Universitäten wird in der neuen Erasmus+-Programmperiode (2021–2027) fortgeführt.

4 Ursula von der Leyen: Meine Agenda für Europa. Eine Union, die mehr erreichen will. Politische Leitlinien der Kommission 2019–2024, 9.10.2019, hier S. 16.

5 Europäisches Parlament, Europäischer Rat und Europäische Kommission: Europäische Säule sozialer Rechte, 16.11.2017, hier S. 11.

6 Europäische Kommission: Communication on achieving the European Education Area by 2025, 30.9.2019, COM(2020) 625 final.

7 Europäischer Rat: Council Resolution on a strategic framework for European cooperation in education and training towards the European Education Area and beyond (2021–2030), in: Amtsblatt der EU C66/1, 19.2.2021.

8 Europäische Kommission: Pressemitteilung, 24 new European Universities reinforce the European Education Area, 9.7.2021, IP/20/1264.

Mit Rückenwind in die neue Programmgeneration

Ohne die Einigung auf die Finanzierung der neuen Programmgeneration (2021–2027) wären sämtliche Ziele der EU-Bildungspolitik nicht zu realisieren. Wie die Einigung über das Forschungsprogramm Horizont Europa, war auch die Verabschiedung des neuen Erasmus+-Programms ein zentrales Ziel der deutschen Ratspräsidentschaft.⁹ Die deutsche Ratspräsidentschaft war maßgeblich an der Einigung zwischen den Mitgliedstaaten auf den Mehrjährigen Finanzrahmen und den Wiederaufbaufonds beteiligt.¹⁰ Unter deutscher Ratspräsidentschaft rückte außerdem das Thema der beruflichen Bildung über die sogenannte Osnabrücker Erklärung und die Ratsempfehlung zur beruflichen Bildung wieder stärker ins Zentrum der EU-Bildungspolitik.¹¹

Die rund 28 Mrd. Euro zur Verfügung gestellten Mittel bis 2027 stellen eine beinahe Verdopplung des Budgets für Erasmus+ im Vergleich zur vorherigen Periode dar. Das Programm dient zukünftig der dualen digitalen und grünen Herausforderung und verfügt über neue Förderlinien für die Mobilität von Schülerinnen und Schülern und für die Erwachsenenbildung.¹² Eine im Juni 2020 veröffentlichte Umfrage der Kommission offenbart, dass 75 Prozent derjenigen Personen, die an durch Erasmus+ geförderten Mobilitäten teilnahmen, bedingt durch die Pandemie ihre Aktivität über die Ferne fortführten, wohingegen die restlichen Betroffenen ihre Aktivität ganz abbrachen. Bereits vor Verabschiedung des EU-Haushaltes war es Bildungseinrichtungen deshalb seit Juli 2020 möglich, einem Projektauftrag unter Erasmus+ zu folgen, um auf die veränderte Lern-, Lehr- und Mobilitätssituation zu reagieren. Neben dieser zusätzlichen mit 100 Mio. Euro ausgestatteten Programmlinie besteht seit Frühjahr 2020 die Möglichkeit, über die Aufbau- und Resilienzfazilität Mittel für Reformen und Investitionen in die allgemeine und berufliche Bildung zu erwerben.

Beinahe vergessene Herausforderungen und Chancen

Wenngleich die Mitgliedstaaten der EU und das Vereinigte Königreich im Januar 2021 eine lang ersehnte Einigung über ihre zukünftigen Beziehungen besiegeln konnten,¹³ so hat diese im Bereich der Bildungspolitik wenig Aufmerksamkeit erhalten. Eine mögliche Erklärung dieser beinahe vergessenen Herausforderung liegt darin, dass der Bologna-Prozess als ein intergouvernementaler Prozess über die EU hinausgeht und die Briten dort weiterhin involviert sind. Während die aus Bologna resultierende Orientierung der kontinental-europäischen Hochschulen nach dem angelsächsischen Modell bestehen blei-

9 Bundesministerium für Bildung und Forschung: Programm der deutschen EU Ratspräsidentschaft für Bildung, Forschung und Innovation Juli–Dezember 2020, Juli 2020, abrufbar unter: https://www.bmbf.de/upload_filestore/pub/Programm_der_deutschen_EU_Ratspraesidentschaft_fuer_Bildung_Forschung_und_Innovation.pdf (letzter Zugriff: 18.6.2021).

10 Vgl. hierzu auch die Beiträge „Der Wiederaufbauplan der Europäischen Union“ sowie „Bundesrepublik Deutschland“ in diesem Jahrbuch.

11 Maria Hochstädter/Christina Norwig: Europa durch Bildung stark machen: EU-Bildungspolitik unter deutscher Ratspräsidentschaft, Nationale Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung, Mai 2021, abrufbar unter: <https://www.na-bibb.de/presse/news/europa-durch-bildung-stark-machen-eu-bildungspolitik-unter-deutscher-ratspraesidentschaft> (letzter Zugriff: 18.6.2021).

12 Nationale Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Erasmus+: Programmgeneration 2021–2027, März 2021, Bildung für Europa, Journal der Nationalen Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung 33/2021.

13 Bundesministerium für Bildung und Forschung: EU-Austritt, Was bedeutet der Brexit für Bildung und Forschung?, 2020, abrufbar unter: <https://www.bmbf.de/de/faq-was-bedeutet-der-austritt-fuer-bildung-und-forschung-10776.html> (letzter Zugriff: 26.8.2021).

ben wird, so wird das Vereinigte Königreich immer weniger vom kontinentalen Hochschulbildungsmarkt profitieren können. Die eingeschränkten Mobilitätsrechte werden die EU-27 weniger als das Vereinigte Königreich treffen, zumal ersteren der Mobilitätsraum erhalten bleibt, der letzterem nur noch wenig Zutritt ermöglicht.¹⁴ Eine beinahe vergessene Chance für die EU-Bildungspolitik ist die Konferenz zur Zukunft Europas, in deren Rahmen der Forschungs- und Bildungsbereich ein zentrales Themenfeld darstellen soll, aber bisher wenig Konkretes verlautbart wurde. Es liegt nahe, dass dies die bis dato spärliche Aufmerksamkeit auf den deliberativen Zukunftsprozess widerspiegelt.

Weiterführende Literatur

Tatiana Fumasoli/Federica Rossi: The role of higher education institutions in transnational networks for teaching and learning innovation: The case of the Erasmus+ programme, in: *European Journal of Education* 2/2021, S. 200–218.

Amélia Veiga: The futures of cooperation in European governance: Brexit and the European knowledge policies, in: *European Journal of Education* 2/2021, S. 169–181.

14 Sacha Garben: European Higher Education in the Context of Brexit, in: *European Papers – A Journal on Law and Integration* 3/2018, S. 1293–1317.